

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945.
 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 77

Freitag, den 31. März 1922

13. Jahrgang

Vertrauensvotum des Reichstages für Wirth.

Der deutsche Reichstag sprach gestern der Regierung Wirth mit 248 gegen 81 Stimmen sein Vertrauen aus. Die Deutschnationalen hatten ein Misstrauensvotum gegen Wirth eingebracht, da sie mit seiner Erfüllungspolitik nicht einverstanden waren.

Demgegenüber habe die Zentrumsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag verwahrt sich gegen die in den Notizen der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angebotenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu diesen Notizen abgegebenen Erklärungen.

Die Deutschnationalen versuchten nun vor der Abstimmung über die beiden Anträge Verwirrung zu schaffen und stellten zu dem Antrag des Zentrums Änderungsanträge. Die Kommunisten beantragten wieder Abänderung des deutschnationalen Antrages. Die Lage war dadurch verworren geworden, daß die Deutsche Volkspartei beschlossen hatte, sich der Stimme zu enthalten. In der gestrigen Sitzung erklärte sich dagegen der Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann, mit aller Schärfe gegen das deutschnationale Misstrauensvotum. Ein Vertreter der bayerischen Volkspartei warf den Deutschnationalen vor, daß sie den Ernst der Stunde nicht begriffen hätten und alles nur demagogisch ausschalteten wollten. Schließlich wurde der deutschnationale Antrag mit 312 gegen 60 Stimmen abgelehnt und das Vertrauensvotum mit dem oben genannten Stimmenverhältnis angenommen. Die Unabhängigen enthielten sich der Stimme.

Pressestimmen zum Abstimmungsergebnis.

Das Zentrumblatt „Germania“ schreibt: Die 248 Abgeordneten, die ihr klares und deutliches Ja durch ihre Stimmenabgabe ausgesprochen haben, bilden ein Ganzes von Stresemann bis Scheidemann und zwar ein Ganzes, das genau $\frac{2}{3}$ der Vertreter des deutschen Volkes ausmacht. Das letzte Drittel umfaßt aber keineswegs nur wirkliche Opposition, sondern wiederum zu einem Drittel Unentschiedene, (die USP.) die nicht ja und nicht nein zu sagen vermochten. Tatsächlich stehen also der Mehrheit von 248 Zustimmungenden lediglich 81 Verneinende gegenüber, d. h. von den Parlamentariern, die eine entschiedene und klare Stellung zu dieser Lebensfrage des Volkes einnahmen, scharte sich eine gute $\frac{3}{4}$ Mehrheit um den Reichszkanzler.

Auch der „Vorwärts“ unterstreicht, daß die Regierung Wirth mit dem Vertrauensvotum einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit ausgerüstet den von ihr ausgenommenen Kampf um die letzten Lebensreste unseres Volkes weiter führen und den Gang nach Genua antreten kann.

Die unabhängige „Freiheit“ hebt hervor, daß die Unabhängige Fraktion in ihrer Erklärung keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie den Eingriff der Entente in die Finanzhoheit Deutschlands und den Versuch einer Kontrolle über die deutsche Wirtschaft aufs schärfste zurückweist, so daß das Ausland erkennen muß, daß in dieser Beziehung sie auch auf die allgemeine Gegnerschaft des Volkes stoßen wird.

Die deutsche Abordnung für Genua.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag in einer kurzen Sitzung über die Vorbereitung der Konferenz von Genua beraten. Die Frage der Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua ist noch nicht endgültig geregelt. Wie die Blätter mitteilen, wird die deutsche Delegation, die unter Führung Dr. Rathenau stehen wird, einschließlich des Stützpersonals etwa 80 Personen umfassen. Das Auswärtige Amt wird vertreten sein durch Staatssekretär von Simson und den Leiter der Stabsabteilung Freiherrn von Malchahn. Es steht noch nicht endgültig fest, ob außer dem Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium der Reichsfinanzminister Dr. Hermes selber und weiter ob außer dem Staatssekretär Dr. Girsch der Reichswirtschaftsminister Schmidt nach Genua reisen werden. Auch der Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Müller, wird laut „Lokalanzeiger“ nach Genua gehen. Zu den Dele-

gationen wird noch eine Reihe von wirtschaftlichen Sachverständigen treten. Als Vertreter der Gewerkschaften sind in Aussicht genommen der frühere Reichsarbeitsminister Wiesel, der frühere preussische Ministerpräsident Siegerwald und der demokratische Reichstagsabgeordnete Erlema.

Militaristische Sehnsucht der Reparationskommission.

Der Präsident der Reparationskommission, Louis Dubois, sprach bei einem Essen der Union für Handel und Industrie in Paris über die Rolle der Reparationskommission. Sie habe die Aufgabe, die Reparationszahlungen Deutschlands festzusetzen und den alliierten Regierungen Mitteilung zu machen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Darauf beschränke sich die Rolle der Reparationskommission. Die alliierten Regierungen aber hätten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit solche Verschulden aufhören und Deutschland zum Zahlen angehalten werde. Denn es könne und müsse zahlen, und nötigenfalls müßten sich die Alliierten die Bewilligung ihrer Forderungen mit Gewalt erzwingen. Wenn Frankreich, das durch den Krieg am meisten gelitten habe und dessen schwere Wunden immer noch bluten, von den Alliierten dabei nicht unterstützt werde, müsse es allein zur Gewalt greifen, denn es sei auch allein stark genug, zu handeln, selbst wenn dies mit Kanonen und Bajonetten geschehen müßte.

Die Milliardenschuld Polens.

In polnischem Reichstag gab Finanzminister Michalski bei der Vorlage des Budgets für 1922, des ersten, das in Polen ordnungsmäßig aufgestellt und genehmigt werden soll, eine finanzielle Bilanz der bisherigen Geldwirtschaft Polens. Er gab dabei auch erstmalig der Öffentlichkeit die Verschuldung Polens bekannt. Abgesehen vom Budget des laufenden Jahres, das ein Defizit von rund 133 Milliarden vorsieht, betragen die inneren Schulden am 1. Januar 251 Milliarden und die ausländischen Schulden, die zur Hälfte durch französische Waffen und Munition (die polnische Freundschaft stellt also für Frankreich ein recht auskömmliches Geschäft dar! Die Red.) entstanden sind, 1132 Milliarden Polensmark, was in der Michalskischen Rede aus psychologischen Gründen in Dollars umgerechnet und mit etwas über 288 Millionen Dollar beziffert wurde.

Die Verhaftung der Schutzmannschaften durch die Belgier.

Ueber die Verhaftung von deutschen Polizeibeamten in Oberhausen wird mitgeteilt, Oberhausen gehört an sich nicht zum besetzten Gebiet, es versteht die Schutzpolizei im westlichen Teile der Stadt ihren Dienst, der durch belgische Sicherheitspatrouillen besetzt wird, nur mit den von der Entente vorgeschriebenen Armbinden und Ausweisen. Am 29. 3. wurde der Postkraftwagen der Wache, der gegen Mittag die Abholung sämtlicher Oberhausener Polizeibeamten besorgt, bei dessen Rundfahrt durch die belgische Zone von einer belgischen Kompanie angehalten. Die sämtlichen auf dem Wagen und auf der Wache ankommenden Beamten, insgesamt 29, wurden verhaftet. Der den Belgiern sofort nachgelandete Hundertschaftsführer versuchte vergeblich die Freilassung seiner Leute zu erlangen. Der die belgische Kompanie befehlende Oberleutnant erklärte, er habe von dem kommandierenden General des Brückenkopfes Duisburg den strengen Befehl, die im besetzten Stadtteil angehaltenen Polizeibeamten abzufangen und nach Duisburg zu führen, gleichviel ob sie Armbinden hätten oder nicht. Der Polizeipräsident in Essen hat sich sofort mit dem belgischen General in Verbindung gesetzt und angeordnet, daß die Oberhausener Schutzpolizei ihren Dienst im besetzten Stadtteil einstellt. Inzwischen sind von den verhafteten Beamten drei, die eine Armbinde hatten, freigelassen worden.

Der Hiesenerbeitskampf in England.

Wie die Londoner Blätter melden, erhöht sich durch weitere Aussperrungen in der Maschinenindustrie die Zahl der von dem industriellen Streik betroffenen Arbeiter auf über eine Million.

Die kommunistische Sphing.

Als die Kommunisten vor einigen Wochen einen Parteitag einberiefen, der besonders zu der Frage einer Regierung der Mitte im Freistaat Stellung nehmen sollte, wie wir schon darauf hin, daß diese neue Parole nur dazu dienen sollte, den Kommunisten-Parteilaren wieder etwas vorwärts zu treiben. Aber wie schon berichtet, sind sich die Zügel des Parteifahrens auf der Tagung am Sonntag über die einzuschlagende Richtung so uneinig geworden, daß die „Arbeiter-Zeitung“ darüber die Sprache verlor und als Parteiorgan der KPD. keinen Bericht über den Parteitag brachte. Ein solches Losschweigen des eigenen Parteitages dürfte in der Geschichte der politischen Parteien einzig dastehen. Etwas gesprächiger ist das Zentralorgan der KPD., die Berliner „Rote Fahne“. Dort hat ein Unentwegter, der mit der neuen Taktik der Bezirksleitung der KPD., Volkstagsfraktion und der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ nichts gemein haben will, sein Ohr ausgeschüttet und dabei folgende vom hiesigen kommunistischen Organ vermittelte Vorgänge angeplaudert:

„Bezirksleitung und Fraktion der K. P. D. in Danzig haben nun (d. h. angesichts der Vorkommnisse der Deutschnationalen im Senat) den Versuch gemacht, die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien zu vertiefen, um den Sturz der jetzigen Regierung herbeizuführen. Nach eingehender Diskussion hat indessen der Bezirksparteitag mit geringer Majorität die Vorschläge der Bezirksleitung abgelehnt. Da die Meinungen auf dem Bezirksparteitag geteilt waren, wurde der Bezirksparteitag vertagt, damit die Parteigenossen inzwischen Gelegenheit haben, die Frage zu diskutieren und erneut Stellung zu nehmen.“

Die „Danziger Arbeiter-Zeitung“ hat demnach also die hiesige Deffektivität beschwichtigt, als sie schrieb, daß die Debatte über das politische Thema bis 10 Uhr abends nicht zu Ende geführt werden konnte. Der Spaltpilz muß schon ganz gehörig in den Reihen der Danziger KPD. wüten, wenn man in dieser wahrheitswidrigen Weise der Deffektivität und der eigenen Parteimitgliedschaft über den Parteitag berichtet. Wenn im übrigen die Zeitung der hiesigen KPD. eine Sprengung des Bürgerblocks im Volkstag herbeiführen wollte, so würde die dabei eingeschlagene Taktik so tollpöckig, daß natürlich den bürgerlichen Parteien sofort klar wurde, was das eigenartige Verhalten der Kommunisten bezweckte. Die „Danziger Zeitung“ nimmt in ihrer heutigen Morgenausgabe zu dieser kommunistischen Taktik Stellung und schreibt:

„Während mutet das Eingeständnis an, daß die Parteileitung und Fraktion bekräftigt sei, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien zu vertiefen. Ob die Schauluöpfe meinen, daß man im bürgerlichen Lager ihre plumpe Taktik nicht längst durchschaut? Wenn die gegenwärtige Koalition einmal wirklich zerbrechen sollte, dann sicherlich nicht dank, sondern trotz der unerbetenen Vönerlichkeit des Herrn Nash für eine Regierung der Mitte!“

Trotzdem hier also den Kommunisten von bürgerlicher Seite bescheinigt wird, daß ihre neue revolutionäre Taktik zu plumpe ist, um nicht durchschaut zu werden, trotzdem in den Kreisen der hiesigen Kommunisten die größten Meinungsverschiedenheiten die darüber bestehen, wie im Freistaat „revolutionäre“ Arbeit geleistet werden soll, wird die KPD. noch eine Weile weiter sich der Arbeiterschaft als der einzig richtige Heilsbringer empfehlen. Bei weiterer so „zielbewußter“ Arbeit dürfte die Gemeinde der Sowjetgläubigen aber bald nur noch aus den Heilsbringern allein bestehen.

Französischer Kredit für Oesterreich.

Der Auswärtige Ausschuss der französischen Kammer sprach sich einstimmig für den Gesetzentwurf aus, der österreichischen Regierung einen Vorschuss von 5 Millionen Franken zu genehmigen.

Wenn Frankreich seine bisherige Politik gegen Deutschland weiter betreibt, wird es auch bald an Deutschland Kredite bewilligen müssen, statt die erhofften Reparationsleistungen zu erhalten.

Verhaftungen in der Russenmord-Affäre.

Bei der in der Münchener Pension, in der die beiden monarchistischen Mörder Schaberski und Tabowitz zuletzt wohnten, vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine Anzahl Schriftstücke russischer Sprache beschlagnahmt. Desgleichen wurden mehrere in der gleichen Pension wohnende Russen inhaftiert.

Die Arbeiter als Leidtragende.

Ein Prozeß, der heute schon stark im Gange ist, wird sich bald vollziehen haben, nämlich die Angleichung der deutschen Exportpreise an die Weltmarktpreise. Die „Times“ können bereits berichten, daß belgische Metallfabriken die deutschen Kruppwerke in Belgien um 14 Prozent unterboten haben, daß sie nach Holland und Brasilien billigere Angebote machen konnten als Deutschland. Der belgische Korrespondent des Handelsblattes des „Manchester Guardian“ schreibt, daß Belgien nicht mehr wegen der deutschen, sondern wegen der Konkurrenz anderer Länder, und zwar Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten besorgt sei, die ihm viel gefährlicher schienen als die Deutschlands. „Economist“ schreibt in einem Aufsatz über die englische Stahlausfuhr: „Die deutschen Stahlpreise sind, in Ebevaluta umgerechnet, noch etwas unter dem Weltmarktpreis, infolge der Steigerung der deutschen Produktionskosten erhöhen sich jedoch diese sprunghaft. Auch kann die Ausfuhr der deutschen Waren nicht statt erfolgen, und so sind die ausländischen Verkäufer bereit, ihren Bedarf wieder auf dem englischen Markt einzudecken.“

Der Prozeß der Angleichung geschah auf americelei Weise: Durch die Erhöhung der deutschen Produktionskosten und die Verminderung der ausländischen. Die deutschen Produktionskosten sind erhöht worden durch die Geldentwertung, steigende Kosten der Rohstoffbeschaffung und große Unternehmerrgewinne, so aber, daß sich der Reallohn des deutschen Arbeiters gleichzeitig verringert hat. Die englische Zeitschrift „Nation“ schreibt darüber: „Die englische Wirtschaftspolitik trahlet, die deutschen Produktionskosten bis auf die Höhe der Weltmarktpreise hinaufzutreiben, so aber, daß gleichzeitig die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft sich verschlechtert. Sie wünscht, daß die deutsche Arbeiterschaft die bedeutenden Vorteile, die sie in den ersten Monaten nach der Revolution erlangt hat, wieder erlangt. Diese beiden Faktoren: die Verschlechterung der Lage des deutschen Arbeiters gleichzeitig mit Erhöhung der Produktionskosten der deutschen Industrie sollen erzwungen, daß auch der britische Arbeiter auf das Lebensniveau des kontinentalen herabsteige.“

Auf der anderen Seite sind die Produktionskosten in den westeuropäischen Ländern gewaltig herabgedrückt worden. So kostet jetzt englische Kohle statt 62 Schilling Anfang 1921 nunmehr 25 Schilling Anfang 1922, Robeisen statt 225 Schilling per Tonne nur 90 Schilling, Stahlblechen statt 25 Pfund per Tonne weniger als 10 Pfund usw. Die englischen Kohlenpreise sanken Ende 1921 um 60 Prozent, die französischen um 52 Prozent, die belgischen um 25 Prozent. Ebenso verhält es sich mit anderen Waren und — wenn auch nicht in gleichem Maße — in anderen Industrieländern.

Diese Verbilligungen sind ausschließlich durch Lohnherabsetzungen erzielt worden. In England betragen die 1921 bezahlten Löhne um 2 Milliarden Pfund weniger als 1920; eine Lohnherabsetzung von durchschnittlich 20 Prozent ist durchgeführt worden. Selbst dort, wo die Lohnherabsetzungen infolge der Verbilligung der Lebenshaltung durch Tarifverträge nach steigender Kaufkraft vorgenommen wurden, ist der Reallohn des Arbeiters, wie selbst der bürgerliche „Economist“ zugibt, gesunken. Besonders in der Berg- und Metallindustrie ist der Reallohn tief unter dem Vorkriegsstand.

So trachtet man hüben und drüben, die Wirtschaftskrise auf dem Rücken des Arbeiters anzutragen. Dieser Weg der Not und der Leiden breitetester Volksschick-

ten kann jedoch nicht zum Ziele führen, er kann die Wirtschaftskrise nicht beheben. Solange die politischen Hindernisse nicht aus dem Wege geräumt werden, solange die Weltmarktpreise nicht wieder hergestellt sind, kann die auf Kosten der Arbeiterschaft erzielte Produktionsverbilligung kein Heilmittel gegen die Krise sein.

Die richtige Einigung.

Heimkehr von der U.S.P. zur G.P.D.

Genosse Hermann Warnke, der von der U.S.P. zur G.P.D. zurückgekehrt ist, schreibt unserem Bremer Parteiblatt einen Artikel, in dem der seine Heimkehr begründet. Zur Beachtung für sehr viele Unabhängige, die innerlich dasselbe empfinden wie Warnke, aber öffentlich noch nicht den Mut aufbringen, der zum Bekennen des Irrtums gehört, wollen wir einige kurze Abschnitte aus dem Warnkeschen Artikel zitieren. Warnke schreibt u. a.:

„Gerade die Parlamentskrisen der letzten Zeit haben manchem die Augen geöffnet und das Proletariat eines besseren belehrt, nämlich, daß die Reaktion aus der Uneinigkeit der Arbeiter Kapital schlägt. Da kommt mancher zur Einsicht, Umkehr und Heimkehr.“

„In die Zerstückelung der Arbeiterparteien an und für sich schon ein bedenkliches Zeichen, die Uneinigkeit in der U.S.P. wirkt direkt katastrophal. Nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Nie und nimmer würde sich die Reaktion die Vorzüge gegen die Regierung erlaubt haben, ständen die Arbeiterparteien geschlossen da, nicht nur zur Regierung, sondern auch in derselben.“

„Unter schweren inneren Kämpfen habe ich mich einst von der alten Partei abgewandt und bin zu den Unabhängigen gegangen. Auch ich war der Meinung, daß sich die Einigung der Arbeiter auf der Mittellinie vollziehen würde. Nach Jahren des Krieges und des Elends war der Weg über die Demokratie zu langsam und nicht klar genug. Das Schlagwort von der Diktatur risk alle Unbesonnenen mit sich. Es hatte viel Verlockendes, mit der Waffe in der Hand der Sache des Proletariats zu dienen und sie zu führen. Es kam anders. In Wirklichkeit wurde das Proletariat immer mehr geschwächt, statt gestärkt. Die Bestimmung lehrte ein. Langsam bin ich meinen gewöhnlichen Weg zurückgegangen und zur alten Partei zurückgekehrt, nicht als Besiegter, sondern als Ueberzeugter. Ueberzeugt durch die Wirklichkeit und die unumstößlichen Wahrheiten, die das wirtschaftliche Leben uns lehren.“

„Wären mit mir noch viele zur Umkehr kommen, dann fällt die Umkehr nicht mehr schwer, die Heimkehr aber ist lohnend und erhebt für den Heimkehrer selbst und auch für diejenigen, die den Abgetriebenen aufschmecken.“

Um den Achtstundentag.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat der als Sachverständiger gehörte Schriftsteller Kaliski die Frage verneint, ob der Achtstundentag „angesichts der besonderen durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Lage dem deutschen Volk“ genügen könne. Er empfahl die Suspendierung des Achtstundentages auf fünf Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in den Ford-Werken die Arbeitszeit auf fünf Tage herabgesetzt, ohne daß dabei die Löhne verringert wurden. Der Präsident der Gesellschaft erklärte, daß er einsehe, daß ein Arbeiter mehr als nur eines Arbeitstages bedürfe, und daß er unbedingt der Ansicht sei, daß ein Mensch, um ein glückliches Leben zu führen, mehr als die übliche kurz bemessene Zeit mit seiner Familie verbringen müsse.

Der Amerikaner Ford ist nicht etwa ein Schwärmer, sondern ein sehr erfolgreicher Industrieller, der sich neuerdings nicht mehr auf die Automobilfabrikation in Detroit (Michigan) beschränkt, sondern Eisenbahnen in Betrieb nahm, die Frachtkarren herabsetzte und die Löhne der Eisenbahner erhöhte.

Zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftspraktiker Ford und dem Wirtschaftstheoretiker Kaliski scheinen also starke gegensätzliche Auffassungen bestehen, die für Ford und seine Methoden einnehmen, nicht aber für die Vorschläge des Sachverständigen Kaliski.

Eine ganze Gartenstadt verqualmt, verpöht, verprakt.

Der „Auswurf“ berichtet:

Eine Kellerer Volksschulklasse kam bei der Bearbeitung einer Festungsfrage vom Alkoholverbrauch auf der Münchener Oktoberwiese zu folgenden Ergebnissen: Nach Unterlagen vom Geschäftsführer der Gartenstadt kam im Oktober 1921 ein Einzelhaus mit Stall und 800 Quadratmeter Garten auf 100 000 Mk. Danach sind auf der Festwiese die Baukosten für 120 ganze Häuser ohne staatliche Zuschüsse als Beise für Alkohol bezahlt worden. Da es aber 70 000 Mark Zuschuß für jeden Bau gibt, würde das Geld für 400 Häuser mit 820 000 Quadratmeter Gartenland reichen. Also: eine gesamte Gartenstadt so groß wie das schöne Pelleran, mit gesunden Wohnungen für wenigstens 2000 Menschenkinder, wurde — vertrunken. (Der zwölfte Teil dieser Summe wurde für Schulen und Schulumbauten bewilligt!) Was sonst verqualmt, verpöht und verprakt wurde, erreicht schon in München sicher das Doppelte der Menschenzahl. Dazu kämen dann noch die entsprechenden Summen von der Dresdener Vogelwiese und von Jahrmärkten und Schützenfesten vieler anderer Städte; wäls ein Verschwendungsbetitel das! Könnten diese Gelder auch nur zehn Jahre lang besser verwendet werden, wäls blühendes Land für unsere Heimat werden! Aber um uns herri! Wohnungsnot, Schwindhust, Unterernährung, Hunger und der Alkohol und das Nikotin liefern — die zuverlässigsten Steuern.“

Diese Aufstellung sollte in allen Hörsälen, Fabriken, Schulen zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. Das Rechenexempel der Kellerauer Schulkinder sollte jedem Deutschen und auch jedem Danziger eine Mahnung sein.

Eine juristische Bilanzleistung.

Das kraßlose Auspucken am Judenthob.

Vor längerer Zeit führte der Hauslehrer Th. Knobel bei einem Ausflug den Gubrauer deutsch-jüdischen „Jungsturm“ am jüdischen Friedhof vorbei. Er ließ die Jungen halt machen und fragte sie, was das sei. Auf die Antwort „der Judenthob“ kommandierte er: „Spuckt alle dreimal aus!“ Nachdem das Kommando prompt von den völkischen Selben befolgt war, wurde der Marsch fortgesetzt.

Die Sache hatte nun ein gerichtliches Nachspiel. Auf Antrag der Synagogengemeinde Gubrau erhob die Gubrauer Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft. Die Strafkammer jedoch sprach Knobel frei. Zur Verurteilung des Freispruchs wurde ausgeführt, dem edlen Jungsturm seien ganz zufällig beim Anblick des Friedhofes frühere, von Juden empfangene Beleidigungen eingefallen und er habe daraufhin auspucken lassen, ohne überhaupt an die Beschaffenheit des Ortes zu denken; aber selbst wenn er daran gedacht hätte, hätte das nicht viel ausgemacht: denn wenn auch der Friedhof — was nicht ganz sicher ist — als „Einrichtung“ der jüdischen Religionsgemeinschaft anzusprechen wäre, so galt das Auspucken ja nicht dieser religiösen Gemeinschaft, sondern der jüdischen Rasse, die mit der Religionsgemeinschaft keineswegs identisch ist.

„Gründe sind wohlfeil wie Brombeeren“, so läßt Shakespeare bereits seinen Falstaff sagen. Wenn es sich um die Freisprechung eines Deutschnationalen handelt, dann ist die Justiz um Gründe nie verlegen, mögen diese auch auf keinem höheren geistigen Niveau stehen als die Ausreden des edlen Ritter John. Ob die Richter, die das Urteil fällten, wohl zu dem gleichen Ergebnis gekommen wären, wenn freireligiöse Sozialdemokraten — wir halten diesen Fall an sich freilich für ausgeschlossen — vor einem christlichen Friedhof ausgepuckt hätten? Es ist schon so, wie erfahrene Kenner der Urteilspsychologie versichern, daß in 99 von 100 Fällen nicht das Urteil sich auf den Gründen aufbaut, sondern die Gründe erst nachträglich zur Stütze eines instinktiv und gefühlsmäßig vorweg gewünschten Resultats konstruiert werden.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman

von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart.)

Draußen ging sie zu Fräulein. Ihr trauriges Gesicht sah noch um eine Schattierung trauriger aus. „Er hat wieder den Familienfimmel!“ Sie hatte all diese weinläufige Verwandtschaft immer in Verdacht, daß sie irgendwie Ansprüche auf das väterliche Vermögen machen könnte.

Fräulein überhörte den Ausruf und fragte: „Zoll ich Thea abholen?“

„Ja, gehen Sie doch zur Marienkirche. Thea geht sonst noch mit Gerda mit. Sagen Sie ihr, daß Herr Henning gekommen ist. Er kommt ein bißchen früh am Tage. Ach Gott ja, wenn man auf Bremerhöfen ist!“

„Gleich, gleich“, Fräulein fuhr in ihr Jackett. Als sie schon in der Tür war, rief Frau Görke sie nochmals zurück.

„Meinen Sie, daß es ein Glück für Thea ist?“

Fräulein lächelte: „Wenn sie ihn lieb hat?“

„Ach Gott, er ist ein Gumnasiallehrer. Mit der Zeit wird er es wohl bis zum Oberlehrer bringen oder zum Professor. Aber viel Gehalt kriegen sie doch nicht. Oder erst, wenn sie alt und grau sind. Ich weiß es von meinem Bruder.“ Frau Görke war dicht daran, in Tränen auszubrechen.

„Nun, verhungern werden sie ja nicht.“

„Das sagen Sie so, Fräulein.“

„Und Herr Görke kann ja glücklicherweise nachhelfen.“

Nun Görke fuhr zusammen, als hätte sie schon einen mit der Pistole in der Hand, mitgiftüberredet vor ihr. Sie hatte einen ehrlichen Schrecken bekommen.

Die Uhr schlug elf.

„Es ist Zeit“, sagte Fräulein, „sonst treffe ich Thea nicht.“

„Ja gehen Sie nur.“

Frau Görke ging zu dem Bewerber zurück.

Einmal hatte er den Versuch gemacht, sich zu sehen. Dann war er aber, wie auf etwas Verbotenem ertappt emporgeschrien.

Auf dem Ruckbaum-Vertikow stand ein Fächer mit Photographien. Vorne war Theas Bild.

Henning nahm das Bild vorsichtig heraus. Ein klein wenig Staub wirbelte aus den Falten des Fächers.

Thea sah in einem Sessel, die Beine übereinander geschlagen, ein Buch im Schoß, die Augen lachend auf den Reichbauer gerichtet.

Henning's rosiges, gutes Jungengesicht erröte tief. Wie fein war die Linie der Nase und wie voll war ihr Haar und wie ... schön ... war der Mund.

„Ich will dich immer lieb haben“, sagte er leise. „Zimmer.“

Schnell stellte er das Bild zurück, als sich Schritte näherten.

Julius Görke trat ein. Etwas zerstreut bot er ihm die Hand. Die Linde hielt einen Notizblock. Julius Görke war in Gedanken noch bei den Familientafeln des Stammbaums.

„Wie heißt Ihr Vater?“

„Rudolf Alexander Henning.“

Görke notierte. Henning's Gesicht trug den Stempel unrichtigster Verwunderung.

„Was ist er?“

„Tot.“

„Also was war er?“

Henning wurde sichtlich verlegen. „Katastersekretär“, sagte er leise und setzte dann schnell hinzu: „Er stand dicht vor der Beförderung zum Katastersekretär, als er starb.“

Es klang wie eine Ehrenrettung des Verstorbenen.

„Und: Ihr Mutter noch für eine Weberene?“

Henning schwieg Angst. In aller Verwirrung kam er nicht darauf.

Frau Görke trat herein und erlöste ihn.

Als Fräulein an der Bentlergasse anlangte, krümmten die Kirchengänger aus der Oberpfarrkirche zu St. Marien.

Fräulein grüßte nach allen Seiten. Görkes hatten so viele Bekannte.

In starkem, ununterbrochenem Strom quoll es aus dem schmalen gotischen Seitenportal der Kirche auf die Straße. Die letzten Klänge der Orgel hüllten heraus, die drünnen

die mächtigen Hallen mit ihrem Schall füllten. Ein Stückchen Heiligkeit und Frömmigkeit zitterte so noch über die Straße, in der sich mit eiliger Geschäftigkeit die Türen geöffnet hatten.

Thea kam mit Gerda Arm in Arm.

„Wollen wir nun auf den Langenmarkt zur Militärmusik? Oder zu Tante Jabe?“

„Beides“, entschied Gerda.

„Du bist ein ganzes Hundchen, Komm!“

Und beide schwenkten in großem Bogen über die Straße zu dem alten, hohen, schmalen Haus, in dem sich zu ebener Erde die Konditorei befand. Um sie herum schwirrten die abgerissenen Worte der Unterhaltungen: „Hast du den Kleinen Referendar gesehen? Er ist wieder im Affektor durchgefallen ... Ach du liebe Güte, bei dem Tag in einer Qua ... Schön hat er wieder gesprochen, der Pastor ... Bleibt es an ihrem Platz auch so? Ich mieste mir nächsten einen anderen ... Und die Orgel, ist sie nicht eigentlich das Schönste am Gottesdienste? ... Nun muß ich aber fort. Meiner Anna kann ich fast gar nichts anvertrauen ... Und ich meine doch, daß der Konfessionalkrat besser spricht ...“

Fräulein hatte Thea entdeckt, gerade beim Eingang in die Konditorei. Sie erzählte von dem Besuch, der sie zu Hause erwartete.

„Au fern, da gibt es bald eine Verlobung! Aber können Sie nicht sagen, Sie hätten uns nicht getroffen? Er kann doch warten!“

„Nein“, entschied Thea nach kurzem Nachdenken. „Da hilft alles nichts. Mama weint sonst. Und Papa ist ja auch zu Hause. Adieu.“

„Adieu, Meines. Und ich komme nachmittags und frage nach. Ich bin riesig gespannt.“

Als sie durch das Grüne Tor auf die Lange Brücke einbogen, sagte Thea: „Wissen Sie, wie die Schüler den Henning immer nennen? Das Marschschwein. Da werde ich also —“

Fräulein blieb stehen.

„Ja, aber Fräulein Thea, wenn Sie so von ihm denken, nehmen Sie ihn doch nicht!“

„Das wird nicht allein von mir abhängen, fürchte ich.“

„Von wem denn sonst?“

„Sie kennen Papa und die Familie noch immer nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Aufhebung des § 218 abgelehnt.

2. Beratung der Verfassungsänderung.

Vollziehung des Volkstages

am 30. März 1922.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, die große Anfrage über die Mißstände in der Blindenanstalt Königstal auf die Tagesordnung der Sitzung zu setzen. Eine Reihe von Eingaben wurde dann nach den Beschlüssen der zuständigen Ausschüsse verabschiedet. In einer Eingabe hat ein früherer Senatsangehöriger um Wiederstellung. Der Ausschuss empfiehlt, diese Eingabe dem Senat zur Erwägung zu übergeben.

Zentrumsarbeiter für Maßregelung wegen Streik.

Abg. Gen. Neu trat dafür ein, daß die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung weitergegeben wird. Die Angekligten haben verfassungsmäßig ein Recht zu streiken. Der Senat war nicht berechtigt, den Angekligten auf die Straße zu werfen, weil er am 1. August gemeinsam mit den Arbeitern streikte.

Der Bürgerblock, darunter auch die christlichen Gewerkschaftsführer Walkowski und Stawicki lehnten den Antrag Neu ab. Es blieb bei dem Ausschuss-Antrage.

Das Haus setzte alsdann die Beratung der kommunistischen Anträge betr. Schwangerenfürsorge und Aufhebung der §§ 218 und 219 des StGB. fort.

Abg. Nahn (K.) begründete den Antrag auf Aufhebung der §§ 218 und 219 des StGB., die die Abtreibung der Leibesfrucht mit schweren Freiheitsstrafen bedrohen. Redner erklärte, daß jeder Mensch das Recht habe, über seinen Körper zu bestimmen. Niemand habe ein Recht, einer Frau vorzuschreiben, was sie mit ihrem Körper tun soll. In armen Familien bedeute jeder Familienzuwachs eine Vergrößerung des Elends, deshalb haben viele Frauen Furcht vor Vergrößerung ihrer Familie. Diese Furcht stehe im Widerspruch mit dem gesunden Sexualempfinden. Die Erlaubnis, die Leibesfrucht beseitigen zu lassen, führe aus diesem Dilemma heraus. Lebensuntüchtige Kinder von Geisteskranken, Epileptikern usw. dürften überhaupt nicht geboren werden. Es sei ein offenes Geheimnis, daß zahlungsfähige Kreise in Tausenden von Fällen ungestraft gegen die bestehenden Gesetze verstößen. Wenn das Gesetz über die Schwangerenfürsorge abgelehnt werde, müge man der Aufhebung der §§ 218 und 219 des StGB. zustimmen. Die zurzeit geltenden Strafbestimmungen seien unhaltbar. Die Verletzung der Leibesfrucht solle von besonders dazu ausgebildeten Ärzten in häuslichen Anstalten geschehen. Redner empfiehlt, die beiden kommunistischen Anträge dem Ausschuss für Soziale Angelegenheiten zu überweisen.

Abg. Gen. Dr. Ding:

Die Frage der Aufhebung der §§ 218 und 219 des StGB. hat schon viele andere Parlamente beschäftigt. Auch die Strafrechtsreform hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Einflichtige Menschen bekürworten eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen. Die Angelegenheit ist keine politische, sondern eine menschliche, soziale Frage. Es ist schwierig, sie im Plenum zu erörtern. Sicher ist jedenfalls, daß die heutigen Bestimmungen mit der Wirklichkeit nicht konform gehen. Man schätzt die Zahl der Abtreibungen auf jährlich 500 000, davon gelangen etwa 800-900 zur Aburteilung. Gesetze, die trotz Zuchthausandrohung in solchem Maßstabe umgangen werden, sind besser abzuschaffen.

Die Konsequenzen der Abschaffung.

Sehr oft wünschen Ehemänner Kinder, die Frau jedoch nicht. Bei ehelicher Abtreibung müßten deshalb beide Ehegatten ihr Einverständnis erklären. Der deutsche Gesetzentwurf unseres Gen. Nachdruck will die Abtreibung bis zum 3. Monat gestatten. In verteilbaren ist aber dabei, daß Frauen während der ersten Zeit der Schwangerschaft in einem Gemütszustand sich befinden, der leicht zu Entschlüssen führt, die später bei Erwachen des Muttergefühls bereut werden. Das Eintreten für die Aufhebung der jetzigen Strafbestimmungen soll keineswegs eine Propagierung der Vernichtung des keimenden Lebens bedeuten. Es sollen dadurch nur die heimlichen Abtreibungen unterbunden werden.

Es ist bedauerlich, daß Beamtinnen, die, gesund an Leib und Seele, zur Unfruchtbarkeit verurteilt sind, weil ihnen die Entlassung droht. Die ärztliche Berufsvereinerung ist gegen die Aufhebung der §§ 218 und 219 des StGB. Die Dinge sind sehr kompliziert und bedürfen einer eingehenden Aussprache im Ausschuss. Die jetzigen Strafbestimmungen bedeuten ein schreiendes Unrecht. Sie bringen Arzt und Mutter oft in schwere

Gewissenkonflikte.

Es muß die Möglichkeit gegeben werden, daß, wo die Geburt nur Jammer und Not bringt, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Wenn das Urteil des Arztes dabei maßgebend ist, werden die Interessen des Staates nicht gefährdet. Die Furcht vor dem Kinde herrscht nicht so sehr bei den unehelichen Müttern, sondern da, wo das 4. und 5. Kind erwartet wird. Es ist zu hoffen, daß bei den Ausschussberatungen ein gangbarer Weg gefunden wird. Eine einfache Annahme des kommunistischen Antrages würde bedeuten, daß Danzig zu einer Abtreibungszentrale für Osteuropa wird. Taten, die aus Mitleid begangen werden, müssen jedoch von dem Makel des Verbrechens befreit werden.

Die Wortführer, die Frau Abg. Döll (K.) in der vorhergehenden Sitzung gegen Dr. Gmke erhoben hat, wies Redner als unzutreffend zurück.

Frau Abg. Dr. Strenge (Dntk.) lehnte es ab, die Fürsorge für das kommende Geschlecht auf den Staat abzuwälzen. Für das Kind müßten Vater und Mutter in erster Linie sorgen. Erst wenn das nicht möglich ist, habe die Gesellschaft die Pflicht, für das Kind zu sorgen. Rednerin empfahl eine höhere Entlohnung für diejenigen Männer, die für eine Familie zu sorgen haben. Mit dem System,

für gleiche Arbeit Verheirateten und Jugendlichen den gleichen Lohn zu zahlen, müsse gebrochen werden.

Abg. Goype (Ztr.) las eine Rede ab, die die kommunistischen Anträge scharf verurteilte. Ihre Annahme würde die Vernichtung der Familie bedeuten. Seit 1900 trete ein Geburtenrückgang in Erscheinung, der weniger auf wirtschaftliche Verhältnisse, als auf persönliche Bequemlichkeit zurückzuführen sei. Mit Aufhebung der §§ 218 und 219 würde die letzte Schranke der Zügellosigkeit beseitigt. Ein Schrei der Entrüstung würde durch den Staat gehen. Der Zerfall des Staatswesens sei die Folge. Die Anträge bedeuteten einen Angriff auf die Ehre der Frau. Redner lehnte auch die Verweisung der beiden kommunistischen Anträge an einen Ausschuss entschieden ab. Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt durch Widerspruch bei der äußersten Linken unterbrochen.

Abg. Gebauer (U. S. P.) erklärte, daß seine Fraktion beiden kommunistischen Anträgen zustimmen werde. Es sei bisher schon das Prinzip der bürgerlichen Kreise, die Zahl der Kinder zu beschränken. Die Arbeiterfrau wolle sich nicht der Mutterlast entziehen, in vielen Fällen bedeute aber die Geburt des Kindes eine Vergrößerung des Elends.

Oberregierungsrat Dr. Stäbe erklärte als Vertreter des Senats, daß die Ausführungen der Frau Döll den Eindruck erweckt hätten, als ob im Freistaat in bezug auf Schwangerenfürsorge nichts geschehen ist. Das sei unzutreffend. Ein Teil der geforderten Einrichtungen bestände bereits. Redner wandte sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Nahn. Die Kräfte bedankten sich für die Aufgabe, die ihnen durch die kommunistischen Anträge zugewiesen werde. Auch die Verletzung sei, mit wenigen Ausnahmen, für Verletzung der umstrittenen Paragraphen. Die Eingriffe seien auch nicht ungeschicklich. (Zuruf: Bei kranken Personen.) Redner widersprach auch der Ansicht, daß die Nachkommenschaft tuberkulöser, epileptischer und syphilitischer Eltern verhindert werden müsse. Die Erfahrung auf dem Gebiete der Vererbung wäre noch nicht so groß, um von vornherein zu entscheiden, ob ein Kind krank zur Welt komme. Die Aufhebung der Paragraphen würde einer Empfehlung der Abtreibung gleichkommen.

Abg. v. Andagnski (Pole) empfahl, die Vorlage über die Schwangeren-Fürsorge dem Ausschuss zu überweisen. Die Aufhebung der Paragraphen 218 und 219 lehne die polnische Fraktion ab.

Abg. Frau Döll (K.) wandte sich in ihrem Schlusswort gegen die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Goype. Hier werde von der Ehre der Frau gesprochen, auf dem Lande aber würden schwangere Frauen mißhandelt, wenn sie mit der Arbeit nicht schnell genug vorwärts kommen.

Die Aussprache war damit geschlossen. Bei der Abstimmung über den Antrag, das Gesetz über die Schwangeren-Fürsorge dem Sozialen Ausschuss zu überweisen, erklärte das Bureau des Hauses, daß die Abstimmung zweifelhaft sei. Zwischen dem Abg. Nahn und einem der Beisitzer, dem deutschnationalen Sommerfeld, kam es hierauf zu einem heftigen Zusammenstoß. Bei der Auszählung ergab sich dann, daß 37 Abgeordnete für und 29 Abgeordnete gegen die Ueberweisung stimmten. Die Deutsche Partei stimmte für Ueberweisung an den Ausschuss, war aber äußerst schwach vertreten. Die Ausschussüberweisung des zweiten kommunistischen Antrages wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Das Haus schritt alsdann zur

zweiten Beratung der Verfassungsänderung.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Die kommunistischen Abänderungsanträge wurden mit 48 gegen 25 Stimmen abgelehnt, die Senatsvorlage unverändert angenommen.

Der Gesetzesentwurf zur Aenderung des Gesetzes über das Gewerbe- und Kaufmannsgericht wurde unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Gen. Krzysinski wies darauf hin, daß durch diesen Beschluß die

Sondergerichte gesetzlich festgelegt

werden und ein Teil der Staatsbürger unter ein Sonderrecht gestellt wird.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die

Entschädigung für die Weisiger bei dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht

in voller Höhe des Lohnausfalls zu zahlen, wurde vom Gen. Klagowski kurz begründet. Der jetzige Zustand, daß die Arbeiterorganisationen den Lohnverlust tragen, sei unhaltbar. Im Deutschen Reich zahlte man jetzt den vollen Lohnausfall, das müsse auch im Freistaat geschehen. Der Antrag wurde dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag der Deutschen Partei, beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht die Berufungsgrenze auf 6000 Mark zu erhöhen und das Kaufmannsgericht bei Streitigkeiten wegen einer Auskunft des Arbeitgebers über das Arbeitsverhältnis für zuständig zu erklären, wurde angenommen.

Ein Antrag des Abg. Brieskorn (mild) forderte, daß die Durchführung des Invalidennotstandsgesetzes nicht dem Wohlfahrtsamt, sondern einer Spezialstelle übertragen wird. Bei der Durchführung dieses Gesetzes müge man auch die Vertreter der Invaliden zu Rate ziehen. Senator Dr. Schwarz hat, den Antrag abzulehnen, der mit der Verfassung in Widerspruch stehe. Die Durchführung des Invalidennotstandsgesetzes sei Sache der Gemeinden. Abg. Raschlewski (mild) brachte Beschwerden über die unfreundliche Behandlung der Invaliden durch die Behörden zur Sprache. Bei den Invaliden herrsche große Erregung darüber, daß ihnen zugeborene Lebensmittel auch an Beamte und Angestellte abgegeben werden, die in Beschäftigung stehen. Abg. Brieskorn (mild) erklärte, daß die ablehnende Haltung des Senators eine grobe Böswilligkeit gegen die Invaliden sei. Die Abstimmung über den Antrag ergab

seine Ablehnung. Für den Antrag stimmten Unte und Polen und die zwei Wilden.

Die Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes mußte abgebrochen werden, da sich bei der erzwungenen Abstimmung Beschlussfähigkeit des Hauses herausstellte. Das Haus vertagte sich auf heute nachmittags 8 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Die Neuregelung der Milchversorgung.

Zusammenschluß der Händler.

In einer großen Versammlung der Danziger Milchgroß- und Kleinhändler wurde ein neuer Verein unter dem Namen „Danziger gemeinnütziger Milchverband“ gegründet, dem fast ausnahmslos alle Erzküchener beitreten. Die vorgelegte Satzung wurde angenommen. Nach ihr ist der Zweck des Milchverbandes: Die Bevölkerung von Danzig und Umgebung durch seine Mitglieder ordnungsmäßig und zu angemessenen Preisen mit Milch und Vollkornprodukten zu versorgen, insbesondere die Frischmilch gleichmäßig und dem Bedarfe der Bevölkerung entsprechend über das Danziger Stadtgebiet und die Umgegend zu verteilen, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen und zu fördern, insbesondere auch ungeeignete Elemente vom Milchhandel fernzuhalten. Zu diesem Zwecke werden die Vereinsmitglieder, die Milch unmittelbar von den Erzeugern im großen beziehen, entsprechend der Menge ihrer Einkäufe Milch zu den von dem Verband festgesetzten Milchpreisen an die Kleinhändler ständig abgeben. Im Milchhändler, die dem Verband nicht angehören, darf Milch zum Weiterverkauf nicht abgegeben werden. Für den Einkauf von Milch durch Verbandsmitglieder bei den Erzeugern wird der Vorstand Richtlinien aufstellen. Für die Abgabe von Milch an die Verbraucher wird der Vorstand Verkaufspreise festsetzen. Bei der Festsetzung der Verkaufspreise hat der Vorstand den monatlichen Butterdurchschnittspreis und den allgemeinen für Danzig in Betracht kommenden Milchmarkt zu Grunde zu legen. Die Tätigkeit des Verbandes beginnt mit dem 1. April und stellt die Fortsetzung der Arbeit des bisherigen Milchverbandes dar, der die Milchversorgung übernommen hatte. Der Vorstand wurde wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender Ballinat, Stellvertreter Dohm, Schriftführer Schumann, Stellvertreter Peters, Kassensührer Bohl, Stellvertreter Hunte, Beisitzer Frau Krüger, Stöbisch, Georg Leu, Herbst, Krönke, Führer.

Es wäre nur zu wünschen, daß es dem Verband gelingt, die Milchversorgung Danzigs zu angemessenen Preisen sicherzustellen. Seine gemeinnützige Tätigkeit sollte er bereits jetzt zum 1. April anlässlich der Aufhebung der Höchstpreise beweisen, indem er ein weiteres Steigen der Preise, das von der breiten Masse der Bevölkerung nicht getragen werden kann, unter allen Umständen verhindern. Durch den festen Zusammenschluß müßte es den Händlern möglich sein, die vorhergehenden Preisforderungen der Besitzer zurückdrängen und eine vernünftige Preisgestaltung für Milch und Milchzerzeugnisse herbeizuführen. Wenn das dem Milchverband nicht gelingt, dürfte seine Gründung für die Allgemeinheit kein Vorteil bedeuten.

Die Aufforderung zum Schulstreik.

Immer noch der 4. August.

Vor der Berufungsstrafkammer hatten sich 9 Personen aus Heubude und Krakau wegen Nötigung zum Schulstreik zu verantworten. Der Vorfall ereignete sich am 4. August 1921, dem Tage des Generalstreiks. In einer kommunistischen Versammlung in Heubude wurde aufgefodert, die Kinder an diesem Tage nicht zur Schule zu schicken. Vor den Schulen wurde ein Plakat befestigt mit der Aufforderung: „Nötigung! Kinder, weidete heute die Schule. Eure Väter kämpfen für die Zukunft!“ Die Angeklagten stellten sich vor den Schulen in Heubude und Krakau auf und forderten die Kinder auf, nicht in die Schule zu gehen. Eine angeklagte Frau soll dabei einem Jungen eine Ohrfeige gegeben haben. Eine weitere Frau soll die Kinder mit dem Stock bedroht haben. Das Schöffengericht verurteilte jede angeklagte Person wegen groben Unfugs zu 100 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte der Amtsanwalt Berufung ein, ebenso eine der angeklagten Frauen. Letztere behauptete, der Junge habe zuerst zu ihr gesagt: „Sie können mir...“, und für diese Ungezogenheit habe sie ihm die Ohrfeige gegeben. Die Berufungsstrafkammer kam zu folgendem Urteil: Die Angeklagten haben auf Grund der Aufforderung in der kommunistischen Versammlung in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken gehandelt. Sie handelten also gemeinschaftlich und sind für die Tat des einzelnen verantwortlich. Der geohrfeigte Junge behauptet, daß er seine Menstruation erst machte, als er die Ohrfeige erhalten hatte. Das Gericht hält dies auch für erwiesen. Die Frau wollte also den Jungen nötigen, die Schule nicht zu besuchen. Dieses mißlang aber, denn der Junge ging doch zur Schule. Es liegt also nur ein Versuch vor. Die andere Frau hat aber nur mit Gewaltanwendung gedroht. Sie hat das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt, indem sie mit einer Körperverletzung drohte, um die Kinder vom Schulbesuch fernzu-

halten. Eine vollstän- dige Richtig- ung, wie der Staatsanwalt meinte, liegt nicht vor, wohl aber der Versuch, nicht nur großer Un- gerechtigkeit, sondern auch der Strafschwere aber in angemessen. Das Urteil des Schöffengerichts wird aufgehoben und die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlicher verurteilter Richtig- ung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Worauf es ankommt.

Wieder einmal ist ein Zeitpunkt gekommen, in dem es für die Leser der Arbeiterpresse zu beweisen gilt, daß sie richtig erkannt haben, warum es ankommt. Dem Aufsturm der Bewegung und der Offensive der Reaktion gegenüber heißt es für die Arbeiterschaft La- ten zu vollbringen. Die Parole, die jetzt akzent- haften innerhalb der Arbeiterschaft von Mund zu Mund gehen sollte, lautet: „Treue um Treue“. Der Arbeiterpresse, die stets mit höchstem Nachdruck für die Interessen des werktätigen Volkes eingetreten ist, muß in dieser kritischen Zeit unter allen Umständen die Treue gewahrt werden. Möge jeder, wenn er sich mit diesen Fragen beschäftigt, den geistigen Akt einmal zurückzuführen lassen in das Vordenkmal der Sozialdemokratie. Damals galt es, größere Opfer für die Sache des Sozialismus zu bringen, als heute. Schwere Gefängnis- und Zuchthausstrafen, Ausweisung sowie Not und Elend drohten den Wackeren, die man- haft für unsere Ideale eintraten. Heute ist es mit einem Geldopfer abgetan, das unbedingt notwendig ist, um die wichtigste Waffe des kämpfenden Proletariats sicher zu erhalten.

Die Erhöhung des Abonnementspreises für die „Volkstimme“ darf für keinen der bisherigen Abon- nenten ein Anlaß sein, die Zeitung abzubestellen. Ein Arbeiter, eine Arbeiterin, die ihre Zeitung aufgeben würde, ginge einem Menschen, der sich höchst unver- ständlich selbst einen schweren Schaden zufügt. Sowohl in politischer als auch in kultureller Beziehung. Wie traurig, wie geistig öde steht es in einem Arbeiterhaus- halt aus, in dem die Arbeiterpresse fehlt! Nicht lange danach in vielen Fällen, und die ganze Familie steht auf dem beklagenswerten Niveau der Indifferenten, deren Unausgesprochenheit den schwersten Hemmschuh für den Aufstieg der Arbeiterklasse bildet.

Die Arbeiterpresse darf nicht geschwächt werden, es muß vielmehr alles getan werden, um die Zahl der Abonnenten der „Volkstimme“ zu vergrößern. Die Zeiten sind schlimm, aber es hängt sehr viel von uns selbst ab, daß sie nicht noch schlimmer werden. Die arbeitende Bevölkerung muß sich zusammenschließen um das Banner des Sozialismus und in unverbrüch- licher Treue die Waffen für diesen heiligen Kampf schärfen. Der 1. April ist der Tag einer ersten Probe. Die Abonnenten sind dazu berufen, eine Schlacht für den Sozialismus zu schlagen. Die Kampflosung ist: Treue der Volkstimme! Werbt neue Leser!

Tarifforderungen der Staatsarbeiter.

Die Gewährung des Ruhelohnes.

Am Mittwoch fand eine Mitglie- derversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für die Staatsarbeiter der Freien Stadt Danzig statt. In der Pausenpause beschäftigten sich die Versammelten mit der Schaf- fung eines einheitlichen Lohn- und Gehalts für alle Staatsarbeiter und Arbeiterinnen. Der Ortsbeamte Dnd gab Bericht über die verschiedenen Entschonungen und legte einen Ent- wurf eines Lohn- und Gehalts für die Staatsarbeiter vor. In der Diskussion wurde auf die Nichtgewährung des Ruhelohnes und der Hinterbliebenenversorgung zurückgegriffen und die Ablehnung durch den Senat stark verurteilt. Die Ver- sammelten waren sich darüber klar, daß für den entgangenen Vorteil eine Entschädigung in Pauschal, und zwar bei der Festsetzung der Bezüge des Lohn- und Gehalts, eingeseht werden muß. Sie stellen nochmals die Forderung auf Ruhe- und Hinterbliebenenlohn und hoffen, daß der Senat endlich dem Wunsche nachkommen wird.

Weiter wurde von einigen Betrieben Klage über die Nichtbefolgung einzelner Paragraphen des Tarifvertrages ge- führt. Die Organisation wurde beauftragt, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln an diese Ver- waltungen heranzutreten und Abhilfe zu schaffen. Folgende Entschonung wurde von den Versammelten einstimmig angenommen:

Die am 29. März im Volk- stadt Müller, Niedere Seigen zahlreich versammelten Staatsarbeiter erfahren zu ihrem Bedauern, daß der Senat die Gewährung eines Ruhelohnes ablehnt. So sollen denn alle Staatsarbeiter, die ihre Kräfte ein Leben lang in den Diensten des Staates gestellt haben und die zum großen Teil hochqualifizierte Arbeiter sein müssen und es auch sind, leer ausgehen, während der Senat für sich schon nach dreijähriger Dienstzeit die Zahlung beschlossen hat. Dieses ist um so unverständlich, da der Senat auf alle unsere Eingaben keine Begründung dieser Ablehnung gegeben hat, und auch unverständlich, weil es nur wenige Leute sind, die in Frage kommen.

Die Versammelten fordern nunmehr den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf, nochmals wegen Ge- währung des Ruhelohnes vorzugehen und bei abermaliger Ablehnung für die Schlechterstellung, die diese Arbeiter während der Bezahlung nach dem Lohn- und Gehalts der Stadtgemeinde und des Senats erfahren haben, eine Ver- gütung in Pauschal zu erwirken. Die Schlechterstellung wird erblickt in den Abzügen für Inve- stitionen und der Nichtgewährung des Ruhelohnes um der Hinter- bliebenenversorgung, zumal auf diese Vorzüge hin die Löhne der Stadt Arbeiter errechnet werden.

Die Versammelten geben sich der Hoffnung hin, daß der Senat doch wenigstens diese gerechte Forderung anerkennt, derweil es sich nur um verhältnismäßig geringe Beträge handelt.

Streik im Bekleidungs- gewerbe. Seitern früh sind die Damen- und Herren- kleidungs- gewerbetreibenden in den Streik getreten. Die Ursache zu dem- selben ist die ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegen- über dem neuen Entwurf eines Tarifvertrages. In diesem werden hier alle selbständigen Arbeiterinnen in dem Be- kleidungsgewerbe Stundenlöhne von 7—8,50 Mark, für vorgerichtete Arbeiterinnen im ersten Jahre 4,75

Mark, im zweiten Jahre 5,25 Mark, im dritten Jahre 5,75 Mark, für Quarbeiterinnen nach zweijähriger Beschäfti- gung, zweijähriger Tätigkeit in der Damenschneiderei 2,50— 4,50 Mark, für Quarbeiterinnen nach dreijähriger Beschäfti- gung bzw. dreijähriger Tätigkeit in der Damenschneiderei 2,50—4,50 Mark gefordert. Für Begehlinge in der Damen- und Wäsche- und Schneiderei ist eine Vergütung von 125 Mark monatlich im ersten, 175 Mark im zweiten und 250 Mark im dritten Jahre vorgesehen. Ueberstunden sollen nach dem Entwurf bei zwei Stunden vor oder nach der regelmäßigen Arbeitszeit mit einem Zuschlag von 50 Prozent, bei weite- ren Stunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit mit einem Zuschlag von 100 Prozent vergütet werden. Die Arbeit- geber wollten nur eine 10-prozentige Erhöhung der bis- herigen Löhne zuerkennen.

Die Dampfkegel im Freistaat. Die Zahl der Dampf- kessel im Freistaat betrug am 1. April 1920 1178 und stieg auf 1105 am 1. April 1921. In Danzig stieg die Zahl der Dampf- kessel um 22, die Zahl der schließenden Kessel um 7, die Zahl der beweglichen Kessel hat abgenommen. Im Kreise Großer Werder hat sich die Zahl der beweglichen Kessel von 888 auf 740 erhöht. Nach der Zahl der Kessel zu urteilen, ist die wirtschaftliche Bedeutung des Großen Werder überhaupt recht erheblich. Sie betrug unverändert 194, während im Stadtkreise Danzig 21 vorhanden waren. Die Gesamtzahl aller Kessel betrug in Danzig Stadt 448, in Danzig Höhe 99, in Danzig Niederung 140, im Großen Werder 489, in Boppo 15. Im ganzen Freistaat waren vorhanden 498 schließende, 570 bewegliche und 199 Schiffskessel.

Schulentlassungsfeier der Arbeiter-Jugend.

Am Sonntag, den 2. April, abends 6 Uhr, findet im Vortragssaal des Zuchthaus in der Kletterkaserne, Weidengasse 2, 3 Treppen, eine „Schulentlassungsfeier“ für die jetzt die Schule verlassenden Burschen und Mädchen vom Verein Arbeiter-Jugend Danzig statt. Im Programm werden musikalische, rezitatorische und Tanzvorführungen geboten. Der Jugendgenosse Erich Bzost wird einen kurzen Vortrag „Die Jugend und die neue Zeit“ halten. Am Schluß sollen allgemeine Volksspiele gespielt werden. Der Eintritt ist frei. Wir richten an alle Parteigenossen und Freunde die herz- lichste Bitte, mit ihren schulentlassenden Kindern zu dieser Veranstaltung zu erscheinen. Bekannte, Freunde und Freundinnen sind aufs herzlichste willkommen. Die Feler verspricht allen einen genussreichen Abend. Darum kommt alle zur Schulentlassungsfeier der Arbeiter-Jugend!

Dr. Wehnenborn. Die hiesige Ortsgruppe der Sozial- demokratischen Partei veranstaltete am Sonntag einen Märchen- und Bilder- vortrag, der von etwa 100 Kindern be- sucht war und dankbare Aufnahme fand. Anschließend fand ein Lichtbildvortrag für Erwachsene statt, dem man nur eine etwas größere Zuhörerschaft gewünscht hätte. Mit um so gespannterer lauscher Aufmerksamkeit lauschte man dem fesselnden Vortrage des Parteisekretärs Gen. Klaf. Vor- geführt wurden „Der Sozialismus in der Karikatur“ und „Finnland, das Land der 1000 Seen“, wovon besonders erstere Serie von nachhaltiger Wirkung war.

Aus dem Osten.

Marienburg. Lohnbewegung der Schweizer. Die Unter- schweizergruppe des Allgemeinen Schweizerbundes für das kleine Werder überreichte den Ober- schweizern ihre Forderungen zum neuen Lohn- und Gehalts. Sie verlangen darin ein Gehalt von 600 Mk. monatlich und freie Station. Ihre Forderungen sind damit begründet, daß die Löhne für gleich- altrige Freiarbeiter bei gleicher Zeit schon 500 Mark und freie Kost ausmachen. Im vergangenen Jahre, als die Milch der Liter 1,15 Mark kostete, sei ihnen ein Lohn von 250 Mark bewilligt worden; in diesem Jahre koste aber Milch schon 4 Mark der Liter, ohne daß auch der Schweizer an der Ver- teuerung teilzunehmen vermöchte.

Elbing. Gustav Sprenger, der vom Elbinger Schöffengericht vor 12 Jahren in dem Meizerwalder Mord- prozess zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt wurde, ist jetzt aus der Straf- anstalt in Sonnenburg entlassen worden.

Königsberg. Wegen Straßenraubes hatten sich die Arbeiter Friedrich Neumann und Fritz Engel vor dem Schwurgericht zu verantworten. Ein Unterwachtmeister, der sich vom Dienst in seine Wohnung begab, wurde von den Angeklagten plötzlich überfallen, so daß er zu Boden fiel. Während er darnieder lag, riefte er eine Hand, die ihm seine Brieftasche, enthaltend Ausweis- und 900 Mark Geld, aus der Tasche herauszog. Es gelang ihm, aufzuspringen und dem Neumann die Tasche wieder zu entreißen. Er wurde aber von den Männern abermals zu Boden geschla- gen und nun mit Häuten und Stiefeln arg bearbeitet, so daß er stark blutete. Beide Männer waren damals stark betrunken. Neumann wurde zu 6½ Jahren Zuchthaus, Engel zu einem Jahr vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Bialla, Ostpr. Das gefährliche Benzol- fah. In der Werkstätte des Maschinenbauers Krispin ex- plodierte ein entleertes Benzolfäß beim Verlöten oder Zusammenlötlagen des eisernen Reifens, da sich jedenfalls in dem Gefäß Gase angesammelt hatten, die sich dann bei der Sinterung mit Feuer entzündeten. Der mit der Arbeit betraute Schlosser Klaffert wurde etwa 5 Meter weit fortgeschleudert und mußte bewußt- los fortgetragen werden. Er erlitt außer gefährlichen Brandwunden an Gesicht und Händen schwere Quetschungen am Bein.

Memel. Neues Zettungsverbot. Die neueste Ausgabe des Memeler Amtsblatts bringt eine Verordnung, wonach auch die Einführung, die Veröffentlichung und der Verkauf der „Ostpreussischen Zeitung“ im Memelgebiet bis auf weiteres verboten ist.

Kulm. Schwere Mordtat. Vor den Augen seiner Frau und seines Sohnes wurde in Draganowo der Besitzer Hermann Arndt bei einem Ueberfall von vier Banditen erschossen. Am späten Abend erschienen diese auf dem Arndtschen Grundstück und baten um Brot und Kaffee. Als er es ihnen reichen wollte, schossen die Verbrecher ihn meuchlings nieder. Geistesgegenwärtig schlugen die Frau und der Sohn die Haustür zu und benachrichtigten den Bruder des Erschossenen. Doch waren die Mörder in der

Dankhaft entkommen. Versteht der Verfolger nachher. Die Verbrecher wurden der Reihe gegenübergestellt und legten der herbeigerufenen Gerichts- kommission das Ge- ständnis ab, daß sie die ganze Familie ermorden wollten, um sich in den Besitz einer Million Mark zu setzen, die der Be- sitzer für verkaufte Pferde erhalten hatte.

Landberg. Schwere Unglück hat den Mechaniker Franz Epigalski betroffen. Dieser war mit dem Ausgleiten eines Maschinensängers beschäftigt, wobei zwei seiner Lehrlinge Hilfe leisteten. Die auf- steigende Masse schlug ihn und den Lehrlingen ins Gesicht. Dem Meister wurde das Gesicht bis zur Un- kenntlichkeit verbrannt. Die Augen sind zum Glück nicht verletzt. Schlimm ist durch den Unglücksfall eben- falls der Lehrling Kühn durch Brandwunden im Ge- sichte mitgenommen worden, während der Lehrling Ritzmeyer mit leichteren Gesichtsverletzungen davon- kam. Nach ärztlicher Feststellung ist bei den drei Ver- unglückten das Augenlicht nicht erloschen.

Aus aller Welt.

Ein Großfeuer in Mannheim ein Magazin der Rheinischen Leberverwertung ein, wobei umfangreiche Vor- räte im Werte von mehreren Millionen Mark verun- ter wurden.

Begnadigt. Zehn Personen, die bei dem Bethe- riedensbruch zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, wurden begnadigt und aus der Strafbast ent- lassen.

Wegen Spionage für Deutschland wurde der franzö- sische Hauptmann Preuß vom Kriegsgericht zu lebensläng- lichem Gefängnis und Degradation verurteilt, weil ihm nachgewiesen sei, daß er im Jahre 1914 militärische Docu- mente an Deutschland verkauft habe.

Einklein geht nach Japan. Wie aus Tokio gemeldet wird, wird Professor Einklein, der zurzeit in Paris Vor- träge über seine Relativitätstheorie hält, Mitte August mit seiner Frau nach Japan kommen, um sich dort mindestens einen Monat aufzuhalten und während dieser Zeit an den Universitäten Tokio und Kyoto Vorlesungen über die Relativitätstheorie abzuhalten.

Immer noch befinden sich 82 Deutsche in französischer Ge- fangenschaft, weil sie während des Krieges zu hohen Gefäng- nisstrafen verurteilt wurden. Sie sind heute nicht mehr in Aulgnon, sondern wurden nach Toulon übergeführt. Die deutsche Regierung ist unausgesetzt bemüht, eine baldige Be- gnadigung der Betroffenen zu erwirken.

Eine sensationelle Erfindung. Dem Feuerwerker Nie- mayer in Donaueschingen soll es gelungen sein, einen Appa- rat zu konstruieren, der es ermöglicht, einem Telephon- teilnehmer bei dessen Abwesenheit eine handschriftliche Notiz zu hinterlassen, vorausgesetzt, daß der Teilnehmer, von welchem aus gesprochen wird, mit dem gleichen Apparat ausgerüstet ist. Da die Notiz sogar in der Handschrift des Schreibenden erfolgt, so dürfte die Erfindung von unschätzbarem Werte für den gesamten Handel werden, da jede telephonische Be- stellung gleich notiert und unterschrieben bestätigt werden kann.

Ein Drama auf dem Zindersee. Ein furchtbarer Vor- gang ereignete sich auf dem Zindersee, daß die Verbindung zwischen Genemuiden und den nächstgelegenen kleinen In- seln im Zindersee herstellte. Bei schwerem Sturm befand sich die Fähre im Kampergand mit zwölf Passagieren, als sie plötzlich zu sinken begann. Das Wasser drang ein, alles flüchtete auf das höher gelegene Heck, doch war jede Rettung unmöglich. Das Fährschiff sank schnell und riß Passagiere und Besatzung mit in die Tiefe. Niemand kam mit dem Leben davon.

Opfer eines bösen Scherzes. In Dels in Schlesien ver- handlen zwei Schlosser die Zirkel- und mit dem elektrischen Lichtungsdraht, um einen Kollegen zu ärgern. Ein achtzehn- jähriger Schlosser wurde beim Anfaßen der Zirkel- und durch den elektrischen Strom sofort getötet. Die beiden Freunde haben sich nun wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Hochstapeleien einer Hofdame. Im Berliner Unter- suchungsgefängnis landete nach einem abenteuerlichen Leben eine ehemalige Hofdame der Jarin, die Tochter des russischen Generalleutnants v. Skariatine und der russischen Prinzessin von Lubanow. Sie heiratete früh- zeitig einen bekannten russischen General; die Ehe wurde jedoch geschieden. Jetzt kam die Hofdame, deren Eltern Liegenschaften von 81 000 Morgen besaßen, nach Deutschland und heiratete hier einen deutschen Stabs- arzt. Als dieser starb, blieb seine Witwe in Bonn, auch noch nach Ausbruch des Krieges, weil sie durch ihre Heirat Deutsche geworden war. Während des Krieges wurden die Zuschüsse aus der Heimat immer geringer. Die Witwe ergänzte nach Möglichkeit den Ausfall durch Einnahmen, die sie als Dolmetscherin in verschiedenen Gefangenenlagern erwarb. Die Revolution in Rus- land ließ die russischen Quellen ganz versiegen. Mit dem Ende des Krieges hörten dann auch die Einnah- men aus der Dolmetschertätigkeit auf. Jetzt gertete die ehemalige Hofdame, um ihr gewohntes Leben fortsetzen zu können, auf die schiefe Ebene. Als die Kriminal- polizei von ihrem Treiben Kenntnis erhielt, ergab sich, daß sie gerade wieder einen größeren Diebstahl verübt hatte und nach Köln abgereist war, um dort ihre Beute zu Geld zu machen. Als sie von dort zurückkehrte, wurde sie auf dem Bahnhof Friedrichstraße verhaftet.

Verammlungs-Anzeiger

Berein Arbeiter-Jugend Danzig.
Freitag, den 31. März: Mandolinenabend.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Sonntag, den 2. April, nachm. 7 Uhr: Verammlung für Reimachefrauen des Senats, der Stadt- gemeinde und Schulen bei Müller, Niedere Seigen 8.
Sozialdemokratischer Verein Danzig.
Dienstag, den 4. April, abends 8 Uhr in der Hilfs- schule Heiliggeistgasse 111 Vertretersitzung, und um 7½ Uhr Vertrauensmännersitzung, Thema: 1. Maifeier, 2. Verschiedenes.

Danziger Nachrichten.

Die Erhöhung der Mieten.

Der Mieterverband wird uns geschrieben:

Die Mitteilung über eine geplante Mieterhöhung gibt als wesentliche Begründung dafür an, daß in Friedenszeit etwa 1/3 des Einkommens auf Miete zu verrechnen war. Als einzige Tatsache ist das richtig, aber nicht als Vergleichsmittel mit der Jetztzeit. Für heute liegen die Preisverhältnisse wesentlich anders. Tatsache ist, daß bisher die wirtschaftlichen Preise um das 80fache, die Textilwaren sogar um das 60fache, dagegen die Einkommen nur um das 6- bis 8fache gestiegen sind. Wenn die Hausbesitzer verlangen, daß die Mieter den erhöhten Preisen entsprechende Mieten bezahlen sollen, so ist der Schluß logisch voll begründet, welchen die Angestellten, Arbeiter, Beamten usw. machen, wenn sie sagen: Wir fordern das 30fache des Friedens Einkommens, dann sollt ihr euer Sechstel erhalten.

Wie die Lage jetzt ist, kann nur so gerechnet werden: Es hat jemand 80000 Mark Einkommen. Gegenüber der Preissteigerung ist dies Einkommen nur ein Sechstel dessen, was er erhalten sollte. Die Miete kann also nur ein Sechstel von diesem Einkommen betragen, also rund 800 Mark. Zahlt nun der Betroffene eine Miete von 1000 Mark, so gibt er nach Lage der Verhältnisse 200 Mark zuviel. Die erhöhten Einkommen sind nicht dazu gewährt worden, daß immer wieder Mieterhöhungen bezahlt werden sollen, sondern dafür, daß der Gehalts- ufm. empfindlicher den unheimlich erhöhten wirtschaftlichen Preisen begegnen könne. Dies trifft mindestens 80000 Mieter in der Stadt, welche als Un- oder Minderbemittelte gelten müssen. Ein Einkommen von 80000 Mark im Jahre gestattet nichts anderes als die größte Sparsamkeit, um auszukommen, besonders wenn noch mehrere Kinder zu erziehen sind.

Sind die Hausbesitzer denn wirklich die einzigen Notleidenden, leiden sie überhaupt alle Not? Betrachten wir doch einmal die Lage der Hausbesitzer. Es sind 2 Arten zu unterscheiden: 1. die altinsgekauften, welche ihren Besitz in Friedenszeit zu angemessenen Preisen erworben haben. Der Hypothekenzinssfuß ist nicht erhöht worden, Wertzuwachs oder sonstige Ausgaben nicht bezahlt, also andere Kapitalien als der reine Kaufpreis nicht in das Haus investiert worden. Verkaufs- und Nutzungswert sind fast gleich groß gewesen. Erleichterungen durch Wegfall von Nebenleistungen (Wassergeld, Flurbelastung usw.) erheblichen, erhöhte Ausgaben (Steuerklasse, Instandsetzung, Grund- und Gebäudesteuer) leichter zu bestreiten. Diese Hausbesitzer werden sich weniger als Notleidende gebärden. Eine Mieterhöhung bis im Sonderfall auf 80 Prozent der Friedensmiete wird für sie ausreichen;

2. die Hausbesitzer, welche Opfer der Häuserspekulation sind. Da ist das Verhältnis des Kaufpreises zum Nutzungswert grell nach dem Kaufwert hochgehoben worden. Wer spielt, muß selbst seine eintretenden Verluste verantworten. Hier muß man die Quellen suchen, aus denen die Hülfschreie sprudeln. Hat, fragen wir, schon je einmal eine Regierung einen unglücklichen Börsenspekulanten durch Forderungen an die Allgemeinheit durch dieser außerordentliche Zwangsleistung zu retten versucht? Das steuerbar zu erhaltende Vermögen des Börsenmannes liegt der Regierung gewiß ebenso nahe als das steuerbar zu erhaltende Haus, nur vielleicht mit dem Unterschiede, daß ihr bei dem zweiten die Person gleichgültiger ist als bei dem ersten.

Wer den jetzt so fürchtbar wuchernden Gewinnwahnsinnsbaillus noch näher, verständigt sich schwer an der Menschheit. Die Spekulationstreiber sind die Wucherungen am Menschheitsbaum, die Schädlinge der Menschheit; denn sie töten das Gewissen der Menschen. Eine Razzia auf diese Schädlinge abzuhalten, würde eine lobenswerte und fruchtbringende Tat sein.

Stellenvermittlung nach Deutschland. Der Hans, Reichsorganisation für persönliche Berufsvermittlung, hat eine Zweigstelle in der Freien Stadt Danzig errichtet, deren Wahrnehmung Herr A. D. Haardt in Danzig-Langfuhr, Heiligenbrunner Weg 22a, ehrenamtlich übernommen hat.

Die Russen.

Zoppoter Stadttheater.

III.

Der Abschluß ein Kleinkunstabend, für den der Grund nicht hinreichend klar erscheint. Drei dialogisierte Belanglosigkeiten Anton Tschekows im Großvaterhumor; ein Bild des großen Franzosen Maupassant (von Tolstoi ins Russische übertragen) und die Vorlesung einer Novelle Tschekows, durch die Witwe des Dichters geschmackvoll dargeboten. (Das Ganze in wenig taktvoller Weise zum Familienkutsch ausgebaut.) Schiede man mit dem Eindruck der ersten Abende, wäre der Nachhall groß und rein, wo nun das Dibelbum eines literarischen Kabarets in den Sinnen bleibt.

Also, die Erzählung mitgerechnet, vier Stücke des Tschekow aus Langarog, der in der Mitte der Jahre zu Badenweiler starb und Deutschland heiß geliebt hat: (das ihm, wie den meisten seiner Landsleute, zur Verhämtheit verhalf.)

Die Unterbrechung eines Eisenbahners mit einer Heiratvermittlerin findet „Ein gutes Ende“, indem der Wittber nicht erst in die Ferne schweift, sondern das Gute aus greifbarer Nähe nimmt. Ein geschwätiger Russe will die Noten zu Satz 2. Kapodie kaufen und muß überall seinem Erzähler gefehlen, „Ich habe es vergessen“, was es für ein Stück war; mit Kehlen, Händen und Füßen macht er dann dem Händler verständlich, was er braucht. Der dritte Akt, „Chirurgie“ bringt die bekannte Episode eines Literarischen Kabarets in den Sinnen bleibt.

Einen ersten Ton bringt Maupassant in den Abend: Ein Matrose erkennt in der Schönen eines Vorbells, darin er sich vergnügt, seine eigene Schwester „Französisch“. In diesem Stücklein gaben Wajschew und die raffige Dr Luwa echte und große Gestaltung, wie man sie aus den Darbietungen der vorhergehenden Abende gewohnt war. Leben und Erleben, das in die Tiefen der Seele hinabläut, und dort die Gefühlstöne löst, auf die es gestimmt ist.

Das übrige war gute und beste Typenkunst. Komik der Russen, geräuschvoll, starkling und grellfarbig. Scharf akzentuiert und hierin oft das Groteske streifend. Doch Mehliches sieht man auch auf besser nivellierten Kleinkunstbühnen.

Die Gewohnheiten der Russen in Ehren. Sie sind unsere Gäste, und wir pochen nicht auf die Wohlthat, die wir ihnen erweisen. In Ehren auch ihre Begeisterung und Achtung

Der Hans vermittelt kostenlos Stellen für entlassene Seeres., Marine- und Polizei-Angehörige aller Grade; lediglich die Postkosten hat der Stellungsfinder zu tragen. Der Hans besetzt sich ferner auch mit Berufsberatung und Ausbildung. Die Zweigstelle erhält täglich von Berlin Nachrichten, über in Deutschland verfügbare Stellenangeben. Interessenten können dieselben dort einsehen, ehe sie in der Zeitschrift Hans erscheinen. Die Benutzung des Hans dürfte in erster Linie für Optanten nach Deutschland in Frage kommen. Besuchszeit zwischen 4 und 7 Uhr nachmittags. Vorherige telefonische oder schriftliche Anmeldung wird empfohlen. Telefon Nr. 5800.

Neuer Gehaltstarif für die Werftangestellten.

Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für den Monat März.

In der Lohnstreitsache der Angestellten der Danziger Werft hat der Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung am 28. März 1922 folgenden Schiedspruch gefällt: Die Gehälter für den Monat März betragen:

1. Technische Angestellte: Gruppe 1, Betriener: Anfangsgehalt 1780 Mark, nach 2 Jahren 1920 Mk., 4 Jahren 2050 Mark, 6 Jahren 2185 Mk., 8 Jahren 2340 Mark. Gruppe 2, Techniker: Anfangsgehalt 2010 Mk., nach 2 Jahren 2280 Mark, 4 Jahren 2500 Mk., 6 Jahren 2780 Mk., 8 Jahren 3100 Mk. Gruppe 3, Ingenieure: Anfangsgehalt 2170 Mark, nach 2 Jahren 2475 Mk., 4 Jahren 2680 Mk., 6 Jahren 2890 Mk., 8 Jahren 3100 Mk. Gruppe 4, leitende Angestellte: Anfangsgehalt 2800 Mk., nach 2 Jahren 3100 Mk., 4 Jahren 3300, 6 Jahren 3510 Mk., 8 Jahren 3715 Mark.

2. Meister: a) Obermeister, Werkmeister und Kalkulatoren: 2580 Mark; b) Untermmeister, Vizemeister und Kontrollreure 2270 Mark.

3. Kaufmännische Angestellte: Gruppe 1b, Stenotypistinnen mit 100 Stößen: Anfangsgehalt 1840 Mark, vom 2. Dienstjahre ab 1470 Mk., vom 3. Dienstjahre ab 1615 Mk. Gruppe 2, weiteres Bureaupersonal, soweit es nicht unter Gruppe 1, 3 und 4 fällt usw.: Anfangsgehalt 1895 Mk., vom 2. Dienstjahre ab 2005 Mk., vom 3. Dienstjahre ab 2120 Mk., vom 4. Dienstjahre ab 2280 Mk. Gruppe 3, Bureaukräfte die den Dienst eines Fachbeamten versehen, usw.: Anfangsgehalt 2005 Mk., vom 2. Dienstjahre ab 2170 Mk., vom 3. Dienstjahre ab 2370 Mk., vom 4. Dienstjahre ab 2480 Mark. Gruppe 4, Ubiertungsleiter usw.: Anfangsgehalt 2480 Mk., vom 2. Dienstjahre ab 2680 Mk., vom 3. Dienstjahre ab 2890 Mk., vom 4. Dienstjahre ab 3100 Mark.

Die Gehaltszüge für das jugendliche Bureaupersonal sowie die Kinderzulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 4. April 1922 einschl. zur Erklärung über die Annahme des Schiedspruches.

Wie wir erfahren ist der Schiedspruch sowohl von den Angestellten wie auch von der Werftseite angenommen worden. Ueber die zukünftige Gehaltsverteilung am 1. April sind neue Verhandlungen in Vorbereitung, die sich auch auf Erneuerung des jetzt abgelaufenen Mantelstarifs erstrecken werden.

Zur Frage des sowjetrussischen Konsulats in Danzig.

wird aus Warschau noch gemeldet: Die polnische offizielle Agentur „Agencia Wschodnia“ bezeichnet die Meldungen über eine angebotene Weigerung der polnischen Regierung, ihr Mandament (Zustimmung) für die Errichtung eines sowjetrussischen Konsulats in Danzig zu erteilen, als unzutreffend. Die Warschauer Sowjetvertretung habe lediglich der polnischen Regierung ihren dahingehenden Plan mitgeteilt, und das polnische Außenministerium habe daraufhin erklärt, daß in Ermangelung einer Konsularkonvention zwischen Polen und Sowjetrußland die Frage nur auf dem Wege besonderer Verhandlungen erledigt werden könne. Gleichzeitig ist der polnische Kommissar in Danzig beauftragt worden, dem Danziger Senat die Mitteilung der Sowjetvertretung bekanntzugeben und ihn zu ersuchen, seinerseits zur Frage Stellung zu nehmen.

vor der Kunst, der sie durch Reden auf der Bühne und landsgebäulichem Streuen und Bewerfen mit Blumen fundaten (die im Wandelgang künstlich erworben werden konnten). Doch sie schienen sich in Zoppot in einer Weise dazum zu fühlen, die die Gastgeber hochgradig verlegen machte, und übersehen, daß die Veranstaltung eine öffentliche, also auch Deutschen zugängliche, Angelegenheit war, bei der man allgemein interessierende Aufkündigungen nicht nur in russischer Sprache erklärt. Darum sei es ihnen begreiflich gemacht, daß sie hier Gäste sind: Und Gäste sollen höflich sein; in diesem Falle sogar beschneiden.

Wilhelm Dmankowski.

Tanzabend im Wilhelm-Theater.

Diesen beiden jugendlichen Tänzerinnen, Jadwiga Jagiello und Jse Maree, wäre ein volleres Haus zu wünschen gewesen, als sie es gestern bei ihrem reichlich unpraktisch begonnenen Tanzabend erfuhren. Die beiden Künstlerinnen — J. Maree ist es schon heute, und J. Jagiello wird es gewiß werden — zeigten in der Auswahl der Tänze wie in ihren Kostümen viel Geschmack. Die ältere, J. Maree, wußte die fein und reiz gebotenen Einzelfiguren zu einem geschlossenen Vorgange zu verbinden, wußte plastisch zu gestalten; ich denke dabei besonders an die Polonaise von Chopin und den Matkischen Walzer De Tourbillon (zu Deutsch: Der Schmetterling) — „De Tourbillon“ las man auf dem von Druckfehler wimmelnden und in seiner Folge nicht eingehaltenen Programm. Am eindrucksvollsten erschienen die Darbietungen der Nationaltänze, die technische Beherrschung und viel Temperament verrieten. Hier war auch die jüngere J. Jagiello — eine Gestalt von raffigstem Wuchs — im heftigen Bauerntanz besonders erfolgreich. Im weiteren beschränkte sie sich auf Groteskfiguren, die fast ausschließlich eine eigne, auf Laune und Einfall gestimmte Note trugen. Sie herrschte durch die bloße Dastensfreude an froh gewollter Bewegung, wo ihre Partnerin den Rhythmus einer inneren Auswirkung dienstbar machte, oder es doch zu tun versuchte. Jedenfalls legten die beiden Veranstalterinnen das beste Zeugnis dafür ab, daß sie bei ihrer Lehrmeisterin, Mary Zimmermann, der einst gefeierten Ballerina des Charlottenburger Opernhauses, fleißig und erfolgreich studiert haben.

Die fünfköpfige Hauskapelle sorgte für eine dezente Begleitung der Tanzdarbietungen und paßte sich im Tempo der jeweiligen Tänzerin schnell und geschickt an. —f—

Erleichterung der Bauzünftigkeit.

Nach dem Urkristall vom 10. Februar 1924 dürfen an unfertigen Straßen grundsätzlich keine Wohngebäude mit Straßenausgängen errichtet werden. In geeigneten Fällen kann der Senat Ausnahmen von diesem Bauverbot zulassen. Unerlässliche Voraussetzungen für solche Ausnahmen aber ist nach § 3 des Statuts die vorherige Zahlung oder Sicherstellung der beim späteren Straßenausbau fällig werdenden Anliegerbeiträge. Von dieser Bedingung kann selbst dann nicht abgesehen werden, wenn ein Bedürfnis für Klein- oder Mietswohnungen besteht. Die Bestimmung des § 3 beeinträchtigt den Wohnungsbau in hohem Maße. In den weitaus meisten Fällen ist der Bauzünftige außerstande, neben den sehr hohen Baukosten noch die beträchtlichen Geldebeträge für die späteren Anliegerbeiträge vor der Bauausführung aufzubringen. Somit unterbleibt häufig die geplante Bauausführung. Nun besteht bei dem zurzeit in Danzig herrschenden Wohnungsmangel aber ein dringendes Bedürfnis, den Wohnungsbau zu fördern. Dem kommt die vorgeschlagene Neufassung des § 3 entgegen. Danach braucht die Ausnahme von Bauverboten nicht mehr wie bisher von der vorherigen Zahlung oder Sicherstellung der Anliegerkosten abhängig gemacht zu werden; andererseits kann der Senat nach wie vor diese Bedingung stellen.

Die Abstimmung auf der Danziger Werft.

Wie wir erfahren, hat die Abstimmung der Belegschaft der Danziger Werft über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches, soweit bis jetzt festgestellt ist, eine überwiegende Mehrheit für Ablehnung ergeben. Das genaue Ergebnis wird erst morgen mitgeteilt werden können.

Eine Razzia auf dem Langenmarkt.

Die „Schwarze Börse“ auf dem Langenmarkt hatte in letzter Zeit wieder einen erheblichen Umfang angenommen. Gestern mittag, punkt 12 Uhr, speerrten Beamte der Schutzpolizei die Zugangsstraßen zum Langenmarkt ab, Kriminalbeamte hielten die Haukeingänge besetzt. Es blieb den Personen, die sich auf dem Langenmarkt befanden, nichts anderes übrig, als sich nach der Werfthofischen Gasse zu begeben, wo Kriminalbeamte eine Revillon der Ausweise vornahmen. Wer sich nicht legitimieren konnte, es waren etwa 150 Personen, wurde mit dem Kastrato nach dem Polizeipräsidium gebracht. Unter den Festgenommenen befanden sich viele Ausländer. Wer auf dem Polizeipräsidium nicht genaue Auskunft geben konnte, wurde in Haft gehalten.

Die Stadtverordnetenversammlung tritt am Dienstag, den 4. April, nachm. 4 Uhr, wiederum zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Antrag von Stadtverordneten betr. Gleichstellung der Danziger Beamten, Lehrer und Angestellten mit denen im Reich und in Preußen. 2. Erhöhung der Straßenbahn-Tarife. 3. Änderung des Urkristalls für die Stadt Danzig betr. das Bauen an unfertigen Straßen. 4. Festsetzung der Vergütungsätze für nebenamtlichen Unterricht an Schulen und schulmäßigen Einrichtungen der Stadt Danzig vom 1. Jan. 1922 ab. 5. Ausdehnung der Zuständigkeit des Ausschusses für den Forst- und Grundbesitz. 6. Verpachtung der Fahren Solm-Holzraum und Solm-Broschliherweg.

Die Notierungen an der Danziger Börse. Von Sonnabend, den 1. April d. Jz. tritt eine Veränderung in der Reihenfolge der notierten Kurse an der hiesigen Effekten- und Devisenbörse in der Weise ein, daß nach der Notierung der Danziger Stadtanleihe zuerst Auszahlung Warschau und Posen und polnische Noten notiert werden, hierauf amerikanische Noten, Auszahlung London, Auszahlung Amsterdam, Auszahlung Paris. Letztere ist neu aufgenommen.

Die Musik-Einführungsvorträge des Arbeiter-Bildungsausschusses. Am zweiten Vortragsabend, der morgen, Sonnabend, 6 Uhr (nicht 7 Uhr), im Saal der Petrischule stattfindet, wird der Vortragende, Gen. Dr. Kamnitzer, ein Lebensbild des Komponisten Mozart geben. Aus Mozarts Werken gelangen zum Vortrag: die G-Moll-Symphonie, die beiden Fagen-Arien aus „Figaros Hochzeit“, ein Wiegenlied und eine Sonate für Geige und Klavier. Karten a 1 Mk. sind von 1/2 Uhr ab an der Kasse erhältlich.

Unterhaltungsabend des 2. Bezirks (Altstadt) der Sozialdemokratischen Partei. Morgen, Sonnabend, den 1. April, abends 8 Uhr, veranstaltet der 2. Bezirk bei Schmidts, Schillinggasse, einen Unterhaltungsabend. Die Bezirksleitung hat für eine wirkungsvolle Ausgestaltung des Abends bestens gesorgt. Neben gesungenen Darbietungen des Gesangvereins Sängergesang werden musikalische Vorträge und Rezitationen zum Vortrag kommen. Außerdem wird Fr. Reginald vom Stadttheater wieder zur Gitarre und anderem bringen. Den Abschluß des Abends bringt ein geselliges Beisammensein. Genossinnen und Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

25jähriges Jubiläum. Der Prokurist der Firma Walter u. Fied, Herr Hans Herter, kann am 1. April auf eine 25jährige Tätigkeit bei dieser Firma zurückblicken. Er trat am 1. April 1897 bei der Firma H. M. Herrmann in der Langgasse als Lehrling ein und blieb derselben, auch als die Firma sich in Walter u. Fied umwandelte, bis jetzt treu. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er am 28. Mai 1920 zum alleinigen Prokuristen ernannt.

Standesamt vom 31. März 1922.

Todesfälle. L. d. Hotelportiers Ernst Glaser, 11 Woch. — Witwe Johanna Schütz geb. Wiefenberg, 72 J. 6 Mon. — Näherin Margarete Bazo, 29 J. 5 Mon. — Frau Paula Wöbe geb. Baumann, 35 J. 8 Mon. — Bäckergef. Emil Sabrowski, 58 J. 6 Mon. — Buchbinder Friedrich Buske, 20 J. 6 Mon. — S. d. Terrazzowaren. Friedrich Klein, 10 W. — S. d. Kaufmanns Venno Schwaan, 6 Woch. — Zimmermann Friedrich Lindekert, fast 60 J. — Witwe Henriette Bieth geb. Schmidt, 70 J. 5 Mon. — Frau Anna Pawliski geb. Kowst, fast 63 J. — Unehel. 1 Z.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: 7,60-7,65 am Vortage 8,17
Amer. Dollar : 305-307 " " 330
Englisches Pfund: 1300-1350 " " 1450

